

triebe der DDR zur vorfristigen und qualitativen Erfüllung aller Exportaufträge. Mit diesem Aufruf gingen wir in den Betrieb Sander & Janzen. Nach eingehender Diskussion mit BGL und Vertrauensmännern am 16. Mai wurde ein Beschluß gefaßt, der ihre Stellung zur Republik zum Inhalt hatte und alle Kollegen auf forderte, auf einer Belegschaftsversammlung am 22. Mai Vorschläge zu machen, wie Exportaufträge termingemäß und in bester Qualität erfüllt werden können, um das Ansehen unserer Republik im Auslande zu heben. Ferner wurde beschlossen, Forderungen an den Unternehmer zu stellen, um seinerseits die Voraussetzungen für die Erfüllung dieses Zieles zu schaffen. In dieser Belegschaftsversammlung schlossen sich die Arbeiter, Angestellten, Meister und Ingenieure des Betriebes dem Aufruf der Ammdorfer Waggonbauer an, und es wurden 38, zum großen Teil direkt am Arbeitsplatz geschriebene, manchmal mit einem Ölfleck beklebte Verpflichtungen für die Erfüllung dieser Aufgabe abgegeben. Ein anderes Beispiel: Nachdem wir mit den BGL der Betriebe und in den Betrieben selbst eine ganze Zeit gearbeitet hatten, führten wir auf Einladung der Kreisleitung der Partei mit den BGL am 6. Juni eine Beratung durch. In der Hauptsache orientierten wir uns darauf, die Privatbetriebe an einem Wettbewerb im Rahmen des NAW unter der Losung „Jeder eine gute Tat für unsere gute Sache“ zu beteiligen. Als Termin für die Auswertung des Wettbewerbes wurde der Gründungstag der Republik, der 7. Oktober, festgesetzt. Der Inhaber des Privatbetriebes Bailleul spendete 250 DM für den Sieger in diesem Wettbewerb. Auf der nächsten Kreisvorstandssitzung der IG Örtliche Wirtschaft gab die BGL des Betriebes Neumann & Rechlin bekannt, daß sich 60 Prozent der Kollegen am NAW beteiligen und den Betrieb Sander & Janzen zum Wettbewerb auf rufen. Diesen Wettbewerb nahm die BGL von Sander & Janzen an, und der Betrieb Kern & Kläger schloß sich ebenfalls an.

Eine Schwäche der Arbeit der vergangenen Wochen besteht darin, daß wir diese Arbeit zu sehr vom Standpunkt der Kommission geleistet haben und die verantwortlichen volkseigenen Betriebe nicht einbezogen haben. Wir sind aber im Verlaufe der Wahlvorbereitungen auch zu der Überzeugung gelangt, daß wir mit der Patenschaft des volkseigenen Betriebes zum Privatbetrieb wahrscheinlich nicht recht wirksam werden, wenn wir allgemein die Verantwortlichkeit der Parteileitung festhalten. Deshalb wollen wir jetzt dazu übergehen, ein Aktiv von klassenbewußten, parteierfahrenen Genossen für die massenpolitische Arbeit in der Privatindustrie zu bilden, das in persönlicher Verantwortung bestimmte Privatbetriebe bearbeitet. Die Genossen sollen die Verbindung zwischen den Betriebsgewerkschaftsleitungen ihres VEB und dem Privatbetrieb herstellen, wobei ihnen ihre Parteiorganisationen politische Hilfe leisten werden. Wir müssen uns davor hüten, die Arbeit in diesen Betrieben, wie überhaupt die Überzeugungsarbeit, zu einer Sache der Kampagnen bei politischen Höhepunkten zu machen. Das kostet nicht nur unnötige Kraftanstrengung, sondern politisches Vertrauen. Denn auf Vertrauen sind wir trotz anfänglicher Schwierigkeiten nicht nur bei den Arbeitern, sondern letzten Endes auch bei den Unternehmern gestoßen.

Wir haben eine ganze Reihe von Aussprachen mit Unternehmern gehabt. Auch hier wurde verhältnismäßig freimütig diskutiert. Ein Unternehmer erklärte offen, daß er für den Kapitalismus sei, denn dieser müsse ja nicht immer zum Krieg führen. Andere äußerten sich gegen die Planung unserer Volkswirtschaft oder beklagten sich über Materialschwierigkeiten. Es war natürlich